



Deutschland macht den größten Sprung

Drei-Länder-Reformbarometer. Deutschland hat seit 2011 größeren Reformeifer an den Tag gelegt als Österreich und die Schweiz. Dies geht vor allem auf Fortschritte in der Bildungs-, Finanzmarkt- und Infrastrukturpolitik zurück. Gleichwohl macht die Bundesrepublik aber auch in diesen Bereichen Fehler, wie die Einführung des Betreuungsgelds zeigt. ⓘ

Mit dem D A CH-Reformbarometer bewerten das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse seit 2002, wie gut sich die Regierungen in Berlin, Wien und Bern in Sachen Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik schlagen. Nach zehn Jahren war es allerdings an der Zeit, auch das Reformbarometer selbst einer Revision zu unterziehen: Weil in der vergangenen Dekade neue Aspekte in das Zentrum des politischen Geschäfts gerückt sind, fließen seit Januar 2011 erstmals auch Maßnahmen aus den Bereichen der Bildungs-, Finanz-

markt- oder Infrastrukturpolitik in die Bewertung ein (Kasten Seite 2).

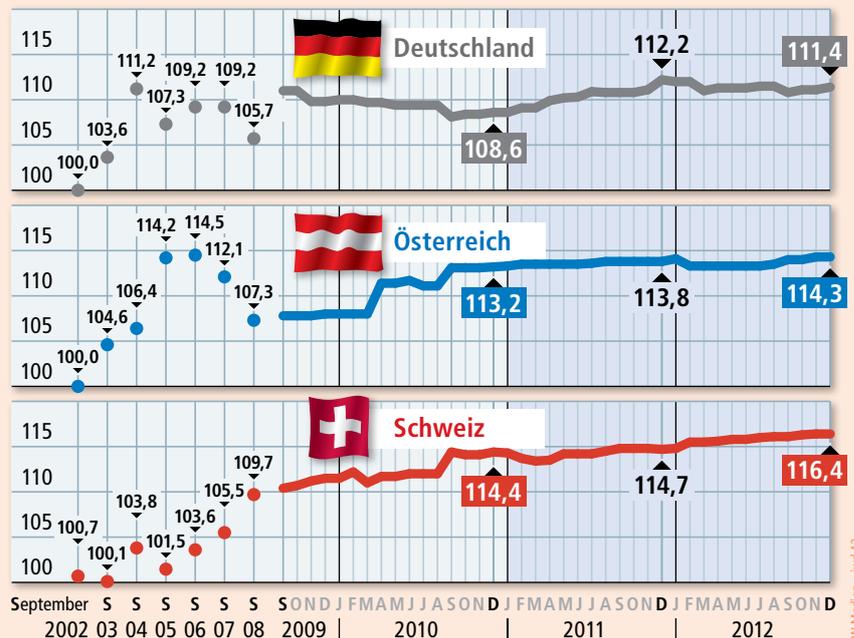
Im Detail hat sich das Drei-Länder-Reformbarometer seitdem folgendermaßen entwickelt (Grafik):

Deutschland machte zwischen Jahresende 2010 und Dezember 2012 mit einem Plus von 2,8 Punkten den größten Sprung nach vorn. Allerdings ist dieser Anstieg einzig →

D A CH-Reformbarometer: Zusätzliche Kriterien

Das D A CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland (D), Österreich (A) und der Schweiz (CH) verändert haben. Seit September 2002 werden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik bewertet, die Ergebnisse seit Januar 2011 berücksichtigen zudem erstmals die Bereiche Bildungs-, Wettbewerbs-, Infrastruktur-, Innovations- und Finanzmarktpolitik.

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 12

Inhalt

Lohnabstand. Mit den seit Anfang 2013 geltenden Regelsätzen lohnt es sich für ALG-II-Bezieher kaum, einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nachzugehen.
Seite 3

Marken- und Produktpiraterie. Uhren, Taschen, Schuhe: Das illegale Kopieren boomt. Der deutsche Zoll beschlagnahmte 2011 gefälschte Waren im Wert von 83 Millionen Euro.
Seite 4-5

Bundestagswahl. In ihrem Entwurf des Wahlprogramms plädieren Bündnis 90/Die Grünen dafür, die ressourcenintensive heimische Industrie zu drosseln.
Seite 6-7

Immobilienvermögen. Die privaten Haushalte in Deutschland besitzen Häuser und Eigentumswohnungen im Wert von knapp 6 Billionen Euro – vor 20 Jahren war es nur halb so viel.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ und allein auf die neu aufgenommenen Politikbereiche zurückzuführen. Dabei gab es zwar keinen „großen Wurf“, aber viele kleine Etappensiege.

Beispiel Bildung: Die Bundesländer haben zuletzt große Fortschritte in Sachen zusätzliche Betreuungseinrichtungen gemacht; gleichwohl fehlen noch immer etwa 200.000 Betreuungsplätze für Krabbel- und Kleinkinder. Einen regelrechten Absturz des Teilindikators „Arbeitsmarkt & Bildung“ verursachte die Einführung des Betreuungsgelds im September 2012 (Grafik).

In puncto „Wettbewerb & Innovation“ haben sich vor allem zwei politische Maßnahmen positiv niedergeschlagen. Zum einen die Liberalisierung des Fernbusverkehrs und zum anderen die Schaffung des sogenannten geschlossenen Finanzierungskreislaufs Straße. Er schreibt seit Sommer 2011 vor, alle Einnahmen aus der Lkw-Maut für den Ausbau und den Erhalt der Bundesfernstraßen zu verwenden und nicht für andere Dinge jenseits des Verkehrssektors.

Von der Novelle des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen, die den Euro-Rettungsschirm handlungsfähiger gemacht und den Bundestag mit Beteiligungsrechten aus-

Das wird bewertet

In das DA CH-Reformbarometer gehen ein: Regierungsbeschlüsse, Gesetzesentwürfe, Änderungen während der parlamentarischen Beratung und verabschiedete Gesetze. Für die Schweiz werden auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Mit der aktuellen Ausgabe werden für Deutschland und Österreich erstmals auch Beschlüsse auf EU-Ebene bewertet. Die Punktevergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig auf das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigungssituation auswirken. Als Ausgangspunkt für den Vergleich dient der Status quo im September des Jahres 2002, seit Januar 2011 kommt eine überarbeitete Methodik zur Anwendung.

gestattet hat, profitierte wiederum der Indikator zur Finanzmarktpolitik, der daraufhin im Mai 2011 um einige Punkte zulegte.

Ein echtes Sorgenkind ist dagegen die Sozialpolitik. Der Indikatorwert verschlechterte sich infolge diverser Neuregelungen wie der Abschaffung der Praxisgebühr bis Ende 2012 nahezu kontinuierlich.

Die Schweiz verzeichnete zwar einen nachlassenden Reformeifer, kam aber immerhin noch auf einen soliden Anstieg von 2 Prozentpunkten in den vergangenen beiden Jahren. Da die Eidgenossen unter den

drei Ländern das höchste Gesamtniveau erreichen, kann man davon ausgehen, dass sie auch über den vorteilhaftesten Regulierungsrahmen verfügen. Das ist zwar grundsätzlich erfreulich, bietet aber zusammen mit der robusten Wirtschaftsentwicklung keine guten Voraussetzungen für Reformen – den Schweizern fehlt schlicht und einfach der Leidensdruck.

Österreich konnte seit Ende 2010 lediglich um 1,1 Prozentpunkte zulegen und bildet damit in der kurzfristigen Rückschau das Schlusslicht. Belastend wirkten sich in der Republik vor allem die mit dem Stabilitätsgesetz einhergehenden Steuerbelastungen aus. Dass das Reformbarometer überhaupt nach oben kletterte, hat auch die Regierung in Wien der Berücksichtigung weiterer Politikfelder zu verdanken. Punkte gab es beispielsweise für die „Breitbandstrategie“, die den Ausbau des Internets forciert.



IW-Studie

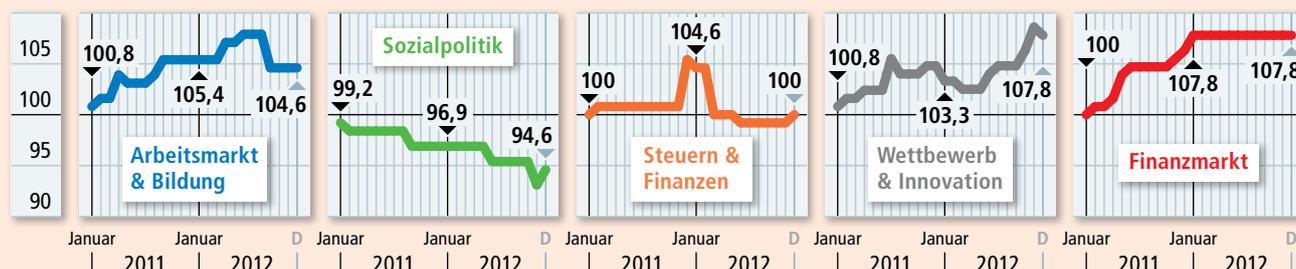
Thomas Puls, Robert Koza, Marco Salvi, Martin Wermelinger:

Das DA CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Ausgabe 2013

Download unter: www.iwkoeln.de/Gutachten

DA CH-Reformbarometer: Deutschland im Detail

Januar 2011 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Schuften für 1,33?

Lohnabstand. Seit Januar gibt es für Empfänger von Arbeitslosengeld II monatlich 8 Euro mehr, sodass der Regelsatz nun 382 Euro beträgt. Dadurch wird ein altes Problem verschärft: der geringe finanzielle Anreiz, aus der Arbeitslosigkeit in einen Vollzeitjob der unteren Lohngruppen zu wechseln.

Hartz IV ist nicht gleich Hartz IV – je nach Familiensituation und Wohnort steht einem ALG-II-Empfänger unterschiedlich viel zu (Kasten). Wer etwa in Berlin wohnt und alleinstehend ist, hat monatlich maximal 780 Euro zur Verfügung. Ein Alleinerziehender mit einem Kind kann mit rund 1.200 Euro, eine Familie mit zwei Kindern mit gut 1.800 Euro rechnen. Ob dies viel oder wenig ist, darüber mag man streiten. „Schuften statt hartzen“ lohnt sich jedenfalls nicht unbedingt (Grafik):

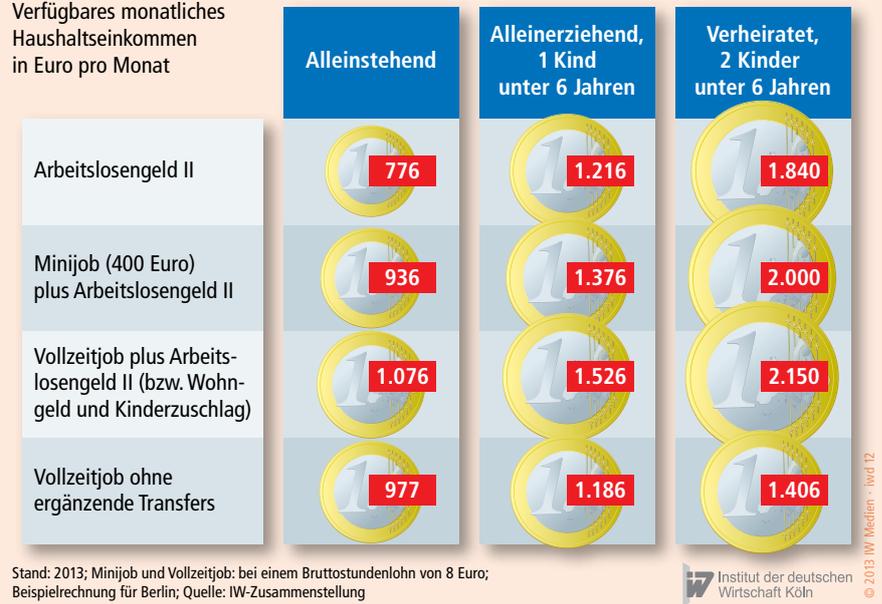
Haushalte mit ALG II haben oft mehr Geld in der Kasse als jene, in denen ein Haushaltsmitglied für 8 Euro brutto je Stunde Vollzeit arbeiten geht und die keine zusätzlichen staatlichen Transfers beziehen.

Nun können Geringverdiener durchaus aufstockendes ALG II beziehen. Dieses sinkt zwar mit steigendem Arbeitseinkommen, aber unterm Strich bringt mehr Arbeit grundsätzlich auch mehr Geld.

Der Teufel steckt jedoch im Detail – die geltende Regelung verleitet nämlich dazu, höchstens eine geringfügige Beschäftigung anzunehmen. Ein Beispiel: Nimmt eine zuvor arbeitslose Alleinerziehende für 8 Euro je Stunde einen 400-Euro-Job an, steigt ihr verfügbares Einkommen um 160 Euro. Pro Stunde Arbeit hat

Arbeit lohnt sich kaum

Verfügbares monatliches Haushaltseinkommen in Euro pro Monat



sie 3,20 Euro mehr im Portemonnaie. Wechselt sie dann – bei gleichem Stundenlohn – in eine Vollzeittätigkeit, bringt das lediglich weitere 150 Euro. Das heißt:

Beim Wechsel vom Minijob zur Vollzeitstelle erhöht jede zusätzliche Arbeitsstunde das verfügbare Einkommen gerade einmal um 1,33 Euro.

Dabei sind die durch die Mehrarbeit gestiegenen Ausgaben – etwa höhere Fahrtkosten – noch nicht berücksichtigt.

Die Konsequenz dieser Transferregeln: Von den 1,3 Millionen Menschen, die arbeiten und zusätzlich ALG II beziehen, sind nur 300.000 vollzeitbeschäftigt. Um das zu ändern, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schon vor längerem für eine Änderung der Freibetragsregelungen plädiert (vgl. iwD 8/2010): Damit hätten ALG-II-Aufstocker bei einem steigenden Bruttoeinkommen tatsächlich deutlich mehr Geld in der Tasche.

Arbeitslosengeld II

Das Arbeitslosengeld II, kurz ALG II, besteht zunächst aus dem Regelsatz, der sich für einen sogenannten Haushaltsvorstand seit Januar 2013 auf monatlich 382 Euro beläuft. Weitere erwachsene Haushaltsmitglieder erhalten 345 Euro, für jedes Kind gibt es je nach Alter zwischen 224 und 289 Euro. Alleinerziehende mit kleinen Kindern bekommen außerdem einen Zuschlag von 36 Prozent.

Darüber hinaus übernimmt der Staat auch die Miete und die Heizkosten – in „angemessenem“ Umfang. Die entsprechenden Höchstgrenzen legen die Kommunen fest. So darf in Berlin ein Alleinstehender maximal 408 Euro für Bruttokaltmiete und Heizkosten im Monat ausgeben. Im teuren München sind dagegen monatlich 449 Euro Miete plus Neben- und Heizkosten erlaubt.

Copy and fake

Marken- und Produktpiraterie. Ob es nur um ein auf Billigware aufgeklebtes Markenlogo geht oder gleich ein ganzer Artikel imitiert wird – das illegale Kopieren von Marken und Produkten ist seit Mitte der 1990er Jahre geradezu explodiert. Allein in Deutschland stieg die Anzahl der aufgedeckten Fälle seither um mehr als 4.500 Prozent. Und obwohl sich die Schäden auf zweistellige Milliardenbeträge summieren, müssen sich die Fälscher keine großen Sorgen machen – juristisch ist geistiger Diebstahl quasi noch ein Kavaliersdelikt.

Na klar, die berühmt-berüchtigte Rolex – was sonst? Schaut man auf den Wert der vom deutschen Zoll im Jahr 2011 beschlagnahmten Waren, dann liegen gefälschte Uhren mit großem Abstand auf Platz eins. Bei der Zahl der aufgedeckten Fälle dagegen rangieren Uhren hinter Schuhen, Kleidung und der Kategorie „Taschen und in Taschen mitgeführte Artikel“ nur auf Platz vier.

Diese Zahlen zeigen, dass es längst nicht mehr nur Luxusgüter sind, die imitiert und deutlich billiger als das Original auf den Markt gebracht werden. Gefälscht wird heute alles, was einen Namen hat und

große Gewinnmargen verspricht. Das aber gilt nicht nur für Rolex-Uhren, Louis-Vuitton-Taschen und Nike-Sportschuhe, sondern auch für Spielzeug, Bremsbeläge oder Medikamente – Imitate, die für den Verbraucher im schlimmsten Fall sogar lebensgefährlich sein können.

Der tatsächliche Schaden durch Marken- und Produktpiraterie lässt sich kaum beziffern – trotz einiger Anhaltspunkte (Grafik Seite 5):

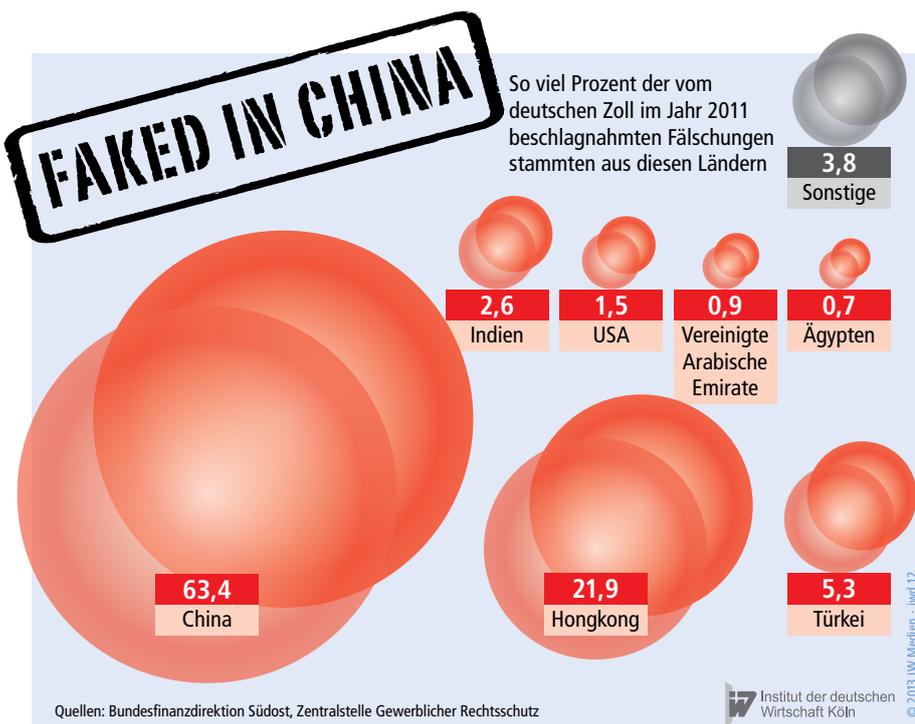
Der deutsche Zoll beschlagnahmte 2011 gefälschte Waren im Wert von fast 83 Millionen Euro.

Zwar ist die Anzahl der aufgedeckten Fälle seit 1995 von rund 500



auf fast 24.000 gestiegen. Da der Zoll aber nur einen Bruchteil aller Warensendungen im Luft-, Post-, Bahn-, See- und Straßenverkehr kontrollieren kann, dürfte die Dunkelziffer – und damit der Wert der gefälschten Waren – noch viel, viel höher sein. Hinzu kommen die Image-Schäden für die Markenhersteller, die Steuerausfälle für den Staat sowie der Aufwand, den der Zoll und auch die Unternehmen selbst betreiben müssen, um den Fälschern auf die Schliche zu kommen. Der Markenverband in Berlin beziffert allein den Schaden für die deutsche Wirtschaft auf 40 bis 50 Milliarden Euro jährlich.

Natürlich ist Produkt- und Markenpiraterie nicht auf Deutschland beschränkt, sondern ein internationales Geschäft. EU-weit stieg die Zahl der aufgedeckten Fälle von 2010 auf 2011 um 15 Prozent auf





91.000; der Warenwert betrug rund 1,2 Milliarden Euro. Am häufigsten imitiert werden Medikamente – sie machen fast ein Fünftel aller in der EU beschlagnahmten Waren aus. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Arzneimittel sind ideale Fälschungsprodukte, weil sie hohe Entwicklungskosten verursachen, also entsprechend teuer sind, aber nur relativ geringe Herstellungskosten haben.

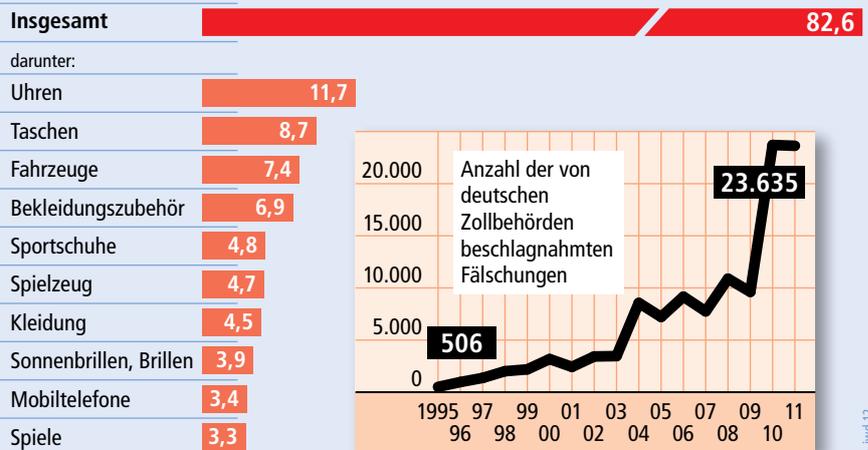
Welche Folgen solche Fälschungen haben können, zeigt ein Fall aus Großbritannien. Dort gelangten 2007 rund 72.000 Packungen gefälschter Medikamente in den Handel, 25.000 davon landeten bei den Verbrauchern und blieben unauffindbar – Zigtausende Kranke dürften also Pillen und Tropfen genommen haben, die im besten Fall wirkungslos waren.

Die enorme Zunahme der Markenpiraterie ist umso verwunderlicher, als die Herkunftsländer der Fälscher seit eh und je bekannt sind (Grafik Seite 4). Nicht weniger als 23 der 36 Produktkategorien, in die der deutsche Zoll seine beschlagnahmten Waren einteilt, wurden im Jahr 2011 von chinesischen Fälschern angeführt: So kamen mehr als 90 Prozent aller Plagiate von Maschinen und Werkzeugen, von Druckerpatronen und Tonern sowie von Textilwaren, Verpackungsmaterialien, Bürobedarf und Zigaretten aus dem Reich der Mitte.

Zusammen mit Hongkong – bis 1997 britische Kronkolonie und deshalb in der Statistik immer noch separat gelistet – führt China sogar 30 der 36 Kategorien an. Die Sonderverwaltungszone an der Südküste der Volksrepublik ist unter anderem die Nummer eins beim Fälschen von Körperpflegeprodukten, Mobiltelefonen, Speicherkarten und Uhren.

Die Top Ten der Fälschungen

Wert der 2011 vom deutschen Zoll beschlagnahmten Waren in Millionen Euro



Wert der beschlagnahmten Waren: Listenpreis des Originals; Taschen: einschließlich Reisegepäck, Brieftaschen, Geldbeutel und Ähnliches; Fahrzeuge: einschließlich Zubehör und Bauteile; Bekleidungs-zubehör: zum Beispiel Hüte, Handschuhe, Schals und Gürtel; Spiele: einschließlich elektronischer Spielekonsolen; Quellen: Bundesfinanzdirektion Südost, Zentralstelle Gewerblicher Rechtsschutz

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv12

Insgesamt kamen 2011 mehr als 85 Prozent aller vom deutschen Zoll beschlagnahmten Waren aus China einschließlich Hongkong.

Dass die Produkt- und Markenpiraterie Jahr für Jahr neue Rekorde erreicht, liegt nicht zuletzt an der Rechtsprechung. Wer in Deutschland Zehntausende Euro stiehlt, dem droht eine Haftstrafe; wer jedoch in gleicher Größenordnung gefälschte Waren verkauft, könne sich meist über die Einstellung seines Verfahrens freuen oder kassiere allenfalls eine Geldstrafe, beklagt der Markenverband und nennt ein typisches Beispiel: Das Landgericht Mühlhausen verurteilte einen Mann, der mit Fälschungen einen Gewinn von 5.000 Euro gemacht hatte, zu einer Geldstrafe von 1.600 Euro.

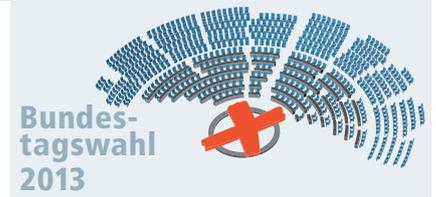
Doch trotz aller Kritik an der deutschen Justiz – der Markenverband und seine 400 Mitgliedsunternehmen wären schon froh, wenn wenigstens die europäischen Standards weltweit übertragen würden. Stattdessen herrscht ein heilloses Durcheinander: In manchen Ländern ist Produkt- und Markenpira-

terie gar nicht strafbar, in anderen hapert es an Grenzkontrollen, und das internationale Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen ACTA ist 2012 vom Europaparlament abgelehnt worden, weil u.a. die Verfechter eines „freien Internets“ auf die Barrikaden gegangen sind.

Dabei ist gerade das Internet als wichtigster Vertriebskanal die größte Herausforderung im Kampf gegen die Produktpiraten. Weil hier weltweit geltende Regeln besonders schwer durchzusetzen sind, sind viele Inhaber von Markenrechten längst dazu übergegangen, selbst aktiv zu werden. Viele Unternehmen beschäftigen ganze Abteilungen und Rechtsanwaltskanzleien damit, den Fälschern auf die Spur zu kommen – vor allem, indem sie Online-Shops überwachen.

Ansonsten müssen sie sich weiter auf die Spürnasen beim Zoll verlassen. Die haben 2011 übrigens auch ein Produkt beschlagnahmt, bei dem über 98 Prozent der gefälschten Waren aus Deutschland kamen: Alkohol – allerdings gab es insgesamt nur neun Fälle.

Grüne Utopien



Bundestagswahl. Im Wahlkampf muss jede Partei ihren Anhängern etwas bieten, und große Utopien können immer begeistern. Beim Bündnis 90/Die Grünen ist das ein grundlegender postmaterialistischer und ökologischer Wandel, der die Industrie infrage stellt. Ob der grüne Entwurf jedoch überhaupt funktionieren kann, darf bezweifelt werden.

Die Ansichten darüber, wie sich Deutschland entwickeln sollte, reichen von einer mehr oder minder behutsamen Evolution bis hin zu einer grundlegenden Revolution, wie sie die Grünen wollen. Deshalb sparen sie in ihrem Programmentwurf nicht mit starken Sprüchen: „Es gibt Bereiche, die schrumpfen müssen, beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie“ (Tableau Seite 7). Denn das gesamte deutsche Modell, angefangen von der Exportstärke bis hin zur relativ hohen Industriedichte, sei nicht nachhaltig.

Nun ist der Finanzsektor zurzeit ohnehin das Feindbild Nummer eins. Allerdings sind nur die wenigsten der dort Beschäftigten Investmentbanker oder Börsenhändler. Die meisten arbeiten in den Filialen und betreuen die Kunden vor Ort – und werden einfach in Sippenhaft genommen.

In puncto Industrie wird bei einem Blick in die Statistik schnell klar, dass dieser Wirtschaftszweig für die deutsche Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielt (Grafik):

Das Verarbeitende Gewerbe trug im Jahr 2012 mehr als 22 Prozent zur deutschen Wertschöpfung bei.

Vor allem aber übersehen die Autoren des grünen Entwurfs, dass es nichts bringt, die ressourcenintensive Produktion aus Deutschland zu verdrängen. Denn die Verbraucher und Unternehmen würden schließlich auch weiterhin Güter der Metall- und Elektro-Industrie oder der Chemie brauchen und kaufen. Diese Nachfrage würde, wenn sie durch heimische Produkte nicht erfüllt werden kann, dann durch Importe befriedigt. Doch bei deren Produktion im Ausland gelten möglicherweise geringere Umweltstandards als hierzulande. Die heimische Industrie abzuschaffen wäre also kein Gewinn

– weder für die globale Umweltbilanz noch für die deutsche Wirtschaft und ihre Beschäftigten.

Zwar wissen auch die Grünen, dass „Fräsen, Lötten und Bohren jahrzehntelang die Wertschöpfung in der Industrie bestimmt haben“, jetzt bedarf es ihrer Ansicht nach aber der Ergänzung und des Wandels. Da drängt sich die Frage auf, warum andere Länder Deutschland um seine hohe Industriedichte beneiden. Und es erscheint paradox, dass Deutschland gerade aufgrund seiner industriellen Wettbewerbsfähigkeit die vergangene Wirtschaftskrise so gut gemeistert hat.

Dagegen wirken die grünen Reformpläne im Steuer- und Sozialsystem, etwa die Abschaffung der privaten Krankenversicherung oder die Erhöhung des Arbeitslosengeld-II-Satzes, geradezu harmlos. Zwar würde allein eine Hartz-IV-Erhöhung auf 420 Euro monatlich nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit mehrere Milliarden Euro jährlich kosten. Aber das ließe sich immerhin locker aus den angekündigten Steuererhöhungen finanzieren (vgl. iwD 8/2013).

Allein die von den Grünen geplante Vermögensabgabe soll dem Fiskus 100 Milliarden Euro einbringen, oder auch 150 Millionen – da sind sich Partei und Fraktion noch nicht ganz einig. Wahrscheinlich hat auch keiner darüber nachgedacht, dass allein in der Metall- und Elektro-Industrie mehr als 400.000 Arbeitnehmer ein so hohes Gehalt haben, dass sie von den geplanten Einkommenssteuererhöhungen betroffen sein können.

Industrie: Eine Konstante



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwD 12



Alles auf Staat

Auszüge des Entwurfs des Bundestagswahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen

Allgemeine Wirtschaftspolitik

- „Die deutsche Wirtschaft [...] profitiert von ihrer Exportstärke. [...] Viel zu viel davon basiert noch immer auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen.“
- „Es gibt Bereiche, die schrumpfen müssen, beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie.“
- Weiterentwicklung der grünen Agrarwende, Ablehnung der konventionellen Landwirtschaft
- Stärkere Unterstützung der südeuropäischen EU-Länder durch die deutsche Finanzpolitik
- Integration aller Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die Europäische Union

Arbeitsmarktpolitik

- Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, zusätzlich branchenspezifische Mindestlöhne
- Kurzfristig: Begrenzung der Anzahl von Minijobbern pro Betrieb, langfristig: Abschaffung/Ersatz der Minijobs
- Ergänzung des Rechts auf Teilzeitarbeit durch ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit
- Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder ab dem 63. Lebensjahr

Sozialpolitik

- Erhöhung des ALG-II-Satzes von 382 auf 420 Euro, Gegenfinanzierung durch Mindestlohn, weil weniger Aufstocker
- Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes, der Arbeitsangebote für ALG-II-Empfänger bietet
- Gewährung von ALG I, wenn in mindestens 4 von 24 Monaten Beiträge gezahlt wurden
- Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder ab dem 63. Lebensjahr
- Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung von Familienmitgliedern in der Sozialversicherung
- Sozialversicherungspflicht ab 100 Euro, Abschaffung der privaten Krankenversicherung und Einführung einer Bürgerversicherung

Steuerpolitik

- Anhebung des Grundfreibetrags von aktuell 8.130 Euro auf 8.500 Euro, Verlängerung der Progressionszone bis 60.000 Euro bei einem Steuersatz von 45 Prozent, Einführung einer zusätzlichen Progressionszone, die in einen Spitzensatz von 49 Prozent ab 80.000 Euro mündet, Reformierung Ehegattensplitting
- Europaweit koordinierte Vermögensabgabe, Freibetrag 1 Million Euro, Unternehmen sind abgabepflichtig, Partei: Aufkommen 100 Milliarden Euro, effektiver Steuersatz 1 Prozent (über 10 Jahre), Bundestagsfraktion: Aufkommen 150 Milliarden Euro, effektiver Steuersatz 1,5 Prozent (über 10 Jahre) oder maximal 35 Prozent des Gewinns
- Nach Auslaufen der Vermögensabgabe Wiederbelebung der Vermögenssteuer
- Anhebung der Körperschaftssteuer von aktuell 15 Prozent auf 25 Prozent, volle Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen bei Kapitalgesellschaften, Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs für Gehälter auf maximal 500.000 Euro pro Jahr
- Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer unter Einbezug von Freiberuflern, verstärkte Besteuerung von gezahlten Mieten, Pachten, Zinsen etc.
- Verdoppelung des Erbschaftssteueraufkommens
- Abschaffung der Abgeltungssteuer
- Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer, eine Reform der Luftverkehrssteuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen sowie eine ökologische Dienstwagenbesteuerung, Weiterführung der ökologischen Steuerreform, Abschaffung von Ausnahmen, Mehraufkommen bis zu 48 Milliarden Euro jährlich
- CO₂-Reform der Kfz-Steuer

Bewertung des IW Köln

- Schwerwiegende Eingriffe in die deutsche Wirtschaftsstruktur mit kaum abschätzbaren Folgen
- Fraglich, ob die Unternehmen unter diesen Bedingungen weiterhin erfolgreich die Marktsegmente bedienen könnten, in denen sie tätig sind
- Keine Erläuterung, ob und zu welchen Kosten alternative Geschäftsmodelle und Beschäftigungschancen erschlossen werden können
- Defizit- und schuldenerhöhende Europapolitik, die weder die deutsche Wirtschaft noch die der südeuropäischen Partnerländer spürbar beleben wird

- Doppelung von allgemeinem und branchenspezifischem Mindestlohn in Kombination mit der Begrenzung von Minijobs dünnt den Niedriglohnsektor aus; Folge: steigende Arbeitslosigkeit
- Mittelfristig: Politik könnte die branchenspezifischen Mindestlöhne nach politischen Kalkülen festlegen, die die Marktsituation vernachlässigen

- Anhebung des ALG-II-Satzes ist sehr kostenintensiv; geplante Gegenfinanzierung ist illusorisch, denn mit der Zahl der Aufstocker sinkt die Zahl der Beschäftigten
- Gewährung von ALG I nach vier Monaten Beschäftigung: Leistungszeitraum ist möglicherweise länger als Beitragszeitraum, Versicherungsprinzip wird geschwächt
- Abschaffung der kostenlosen Familienmitversicherung erhöht die Arbeitsanreize für Nichtverdiener; stellt Haushalte vor finanzielle Belastungen, wenn eine Arbeitsaufnahme nicht unmittelbar möglich ist
- Sozialversicherungspflicht ab 100 Euro schmälert das Nettoeinkommen und ist ein Placebo, da dadurch Leistungsansprüche unterhalb der Grundsicherung erworben werden; Bürgerversicherung bedeutet das Aus für die kapitalgedeckte Krankenversicherung

- Vermögensabgabe und -steuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer und die höhere Körperschaftssteuer belasten Kapitaleinkünfte; das führt zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas und bremst künftiges Wirtschaftswachstum
- Reformierte Gewerbesteuer bekommt den Charakter einer zweiten Vermögenssteuer auf Unternehmensebene
- Höhere Einkommenssteuer belastet Arbeitnehmer, die in Branchen arbeiten, welche hohe Löhne zahlen, z.B. M+E-Industrie
- Modifizierte Ökosteuer führt zu erheblichen Kostenbelastungen der Unternehmen und gefährdet deren Wettbewerbsfähigkeit; durch diese Maßnahmen soll die Schrumpfung ressourcenintensiver Branchen forciert werden

Milliarden für Betongold

Immobilienvermögen. Die Bundesbürger besitzen Häuser und Eigentumswohnungen im Wert von fast 6 Billionen Euro – das ist doppelt so viel wie noch vor 20 Jahren. Doch an der Verteilung des Vermögens hat sich seit Jahrzehnten nicht viel verändert. 

Häuslebauer zu werden ist bei den aktuellen Finanzierungsbedingungen – 2012 gab es Wohnungsbaukredite für durchschnittlich 3 Prozent – leichter denn je. Kein Wunder also, dass Immobilien die wichtigste Vermögensgrundlage für die privaten Haushalte in Deutschland sind. Derzeit ist gut die Hälfte des materiellen privaten Vermögens in Grund und Boden investiert – nicht zuletzt als Baustein der Altersvorsorge.

Das in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasste private Immobilienvermögen betrug 2011 knapp 6 Billionen Euro – und hat sich damit in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt.

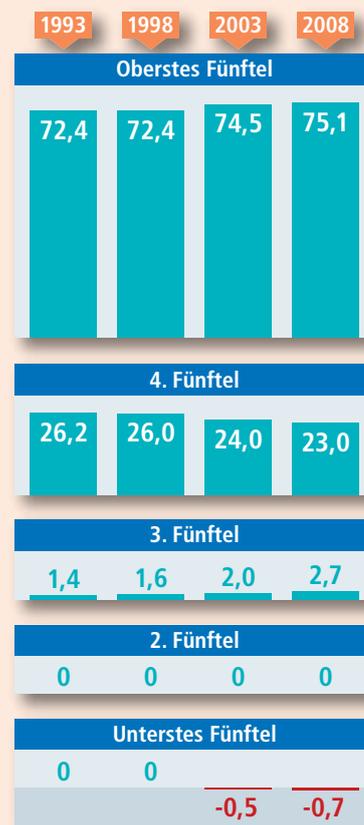
Das Immobilienvermögen ist jedoch höchst unterschiedlich auf die einzelnen Einkommensgruppen verteilt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) herausgefunden: So verfügen gut 80 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 4.500 Euro über Immobilieneigentum. Bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1.300 Euro besitzen dagegen nur 20 Prozent Immobilien.

Ein wichtiges Kriterium ist auch die Haushaltsgröße: Je mehr Personen in einem Haushalt leben, desto größer ist sowohl der Anteil als auch die Höhe des Immobilienvermögens. Und schließlich spielt auch das Alter eine Rolle: Von den unter 40-Jährigen sind rund 20 Prozent Eigentümer, von den Rentnern und Rentnerinnen verfügen bereits rund 60 Prozent über Haus und Grund.

Im Gegensatz zur stetigen Zunahme des gesamten Immobilienvermögens in Deutschland hat sich die Verteilung in den vergangenen Jahren nur geringfügig verändert (Grafik). Nach wie vor besitzt das reichste Fünftel der Haushalte rund 75 Prozent des gesamten Netto-Immobilienvermögens. Beim untersten Fünftel ist das Immobilienvermögen aufgrund des Volumens der Wohnungsbaukredite dagegen negativ.

Immobilienvermögen in Deutschland

Lesebeispiel: Das oberste Fünftel, also die 20 Prozent der Haushalte mit dem höchsten Einkommen, besaß 2008 gut 75 Prozent des privaten Netto-Immobilienvermögens in Deutschland. Beim untersten Einkommensfünftel war das Immobilienvermögen negativ, weil die Summe der Wohnungsbaukredite das Immobilieneigentum überstieg.



Netto-Immobilienvermögen: Immobilienvermögen abzüglich Verbindlichkeiten
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 12

Adressaufkleber



aus IW-Trends
1/2013

Tim Clamor, Ralph Henger: Verteilung des Immobilienvermögens in Deutschland

www.iwkoeln.de/trends

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.